

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: R. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mt.  
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht  
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Bestelle oder deren Name im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Altenblatt 20 Pf.

## Der japanisch-chinesische Friedensvertrag.

Die neueste Darstellung der in dem japanisch-chinesischen Friedensvertrage enthaltenen hauptsächlichen Bestimmungen, unter dem gestrigen Datum aus Tokio telegraphirt, lautet:

"Nach einer Meldung der Zeitung „Nishi Nippon Schimbun“, des bedeutendsten Blattes von Tokio, sind die Bedingungen des zwischen Japan und China abgeschlossenen Friedensvertrages folgende: China erkennt die Unabhängigkeit Koreas an und tritt die Insel Formosa, die Fidschi-Inseln, sowie das Gebiet ab, welches südlich einer von der Mündung des Flusses Yen nach der Mündung des Jalu-Flusses zu ziehenden Linie liegt, mit Einschluss von Zinsen, dem Hafen für Minenbauung, Häfen und Küstensiedlung. China bezahlt an Japan eine Kriegsentschädigung von 800 000 000 Mark, die innerhalb 7 Jahren nicht jüngst Prozent Zinsen (wie den „Times“ gesetzelt wird, in Silber) zu zahlen sind; sollte die Kriegsentschädigung innerhalb 3 Jahren gezahlt werden, so werden keine Zinsen berechnet. Japan sichert sich die Rechte einer meistbegünstigten Nation, sowie das Recht der Schiffsbeförderung auf dem Tschungkang und in den Gewässern von Sutschau und von Hongkong, der tollenfressen Einführung von Maschinen und gewissen Waren und Recht der Errichtung von Factorien. Ein neuer Handelsvertrag soll zwischen China und Japan auf Grund der bestehenden Verträge mit den fremden Mächten abgeschlossen werden mit der Maßgabe, dass China sich mit den in Japan beheimaten Söldneren begnügt. Die in Japan ansässigen chinesischen Unterthanen sollen der japanischen Jurisdicition unterliegen, während Japan fortwährt, das Recht der Extritorialität auszuüben. Als Sicherheit für die Bezahlung der Kriegsentschädigung bezeugt Japan Weltweit; ein Theil der Okkupationskosten wird von China getragen. Die Ratifikationsurkunden sollen innerhalb drei Wochen ausgetauscht werden."

Diese Mitteilung korrigirt und ergänzt die bereits bekannten Darstellungen in wesentlichen Punkten. Die Gebietserwerbungen Japans auf dem Festlande würden darnach weit über den 40. Breitengrad hinaus nach Norden hinaufreichen, und zwar hauptsächlich im Westen, wo die neue Grenze dem 41. Breitengrad nahe käme; aber auch im Osten würde sie jenseits des 40. Grades liegen, wenn Kantschung, welches oberhalb von Ningpo am Jolufusse sich befindet, mit eingeschlossen sein soll. Bezeichnend wäre ferner, dass Japan sich China gegenüber dieselbe Stellung, wie sie die europäischen Staaten und die nordamerikanische Union dort einzunehmen, ausbedungen hätte, während es selbst China nur den Rana einer halb-barbarischen Macht zuerstehen würde. Das Zugehörigkeits einer so demütigenden Bedingung von Seite Chinas würde deutlicher als Alles die Schwere der von diesem Reich erlittenen Niederlage darthun, freilich aber auch der Vermuthung, dass geheimer Artikel über das künftige Verhältniss Chinas zu Japan in dem Vertrage enthalten sind, Vorbehalt leisten.

In Kanton und im übrigen südlichen China, welches vom Kriege nicht unmittelbar berührt wurde, soll, wie demselben Blatte aus Shanghai gemeldet wird, der Gedanke der Loslösung von der Mandarins-Dynastie um sich greisen und ein revolutionärer Ausbruch unmittelbar bevorstehen.

Japanische Politiker bemühen sich, wie den „Times“ ferner aus Tokio berichtet wird, die Europäer über die handelspolitischen Wirkungen des Friedensvertrages zu beruhigen. Japan, sagen sie, brauche wenigstens 5 Jahre, um sich vom Kriege zu erholen, und die 45 Millionen Japaner könnten unmöglich die 400 Millionen Chinesen mit allem Waarenbedarfe versorgen. Derartige Ausführungen dürften indessen den gewünschten Eindruck verfehlten, so lange nicht authentisch feststeht, dass sich Japan seine besonderen Handelsprivilegien ausbedungen hat.

Nach einer Meldung des „Bür. Reuter“ aus Söul wurde der koreanische Gesandte in Japan, der am Mittwoch zurücktrat, am Donnerstag verhaftet. Über den Grund der Verhaftung verlautet noch nichts.

## Japan und England.

Wie gross der Hass der Japaner gegen England ist, dafür liefert ein Artikel des „Kolumbo-Toto“ wiederum den Beweis. Der Aufsatz steht in der japanischen Presse nicht vereinzelt da. Es heißt in ihm Artikel:

„Deutschland will nur seine kommerziellen Interessen fördern, und deshalb will es sich in die ostasiatischen Angelegenheiten so wenig wie möglich einmischen. Frankreich hält China freilich, weil dessen Armee von britischen Offizieren einexerziert worden ist. Frankreich ist Japan wohl geneigt, allein schon, weil die Franzosen denselben lebhaften Charakter besitzen. Die Vereinigten Staaten freuen sich selbstverständlich nur über die japanischen Siege. England nimmt an dieser Freude keinen Theil. Die englischen Staatsmänner haben kein Verständnis für das „größere Japan“. England sollte endlich einmal gefunden Menschenvorstand annehmen. Macht sich England Japan zum Feinde, so wird es bald nicht nur seinen Einfluss in Ostasien, sondern auch in vielen Kolonien verlieren. England sollte es sich doch als eine Warnung gelten lassen, wie wenig Österreich oder Napoleon III. das aufstrebende Deutschland zu binden vermochten. Wie wurde Frankreich erledigt? Der Hockmuth Chinas, weil es ein so großes Gebiet besitzt, scheint recht österreichisch. Österreich hat auch auf seinen geschichtlichen Vorberen geruh. In einer Beziehung gleich England China in Europa. England verlässt sich auf die Erbfeind der Vorfahren und auf seinen geschichtlichen Ruhm. Dieser Ruhm wurde nicht gewonnen im Kampfe mit Ebenbürtigen. Da hat der Herr Engländer sich noch zu bewähren. Die einzigen Schlachten, die den Namen verdienen, sind Tratalgar und Waterloo. Wenn dann daran glauben, dass England jemals Frankreich wieder zur See besiegen wird? Und nun, was Waterloo anbelangt, so gab doch England dem toden Löwen nur den Todestod. Was hätten die Engländer in der Krim ohne die Hülle Frankreichs zu Stande gebracht?“

Im Fortgang des Artikels werden die Angriffe auf England immer kräftiger: „England, heißt es weiter, muss darauf gesetzt sein, alle seine Besitzungen zu verlieren, sobald es

in japanischen Meeren geschlagen ist. Sie würden sich sämlich erheben, um ihre Unabhängigkeit zu erlangen, sobald Großbritannien nicht mehr die Meere beherrscht. Englands orientalischer Handel würde bald in die Brüche gehen und es würde ein zweites Spanien werden. Wir schreiben dies im Interesse Englands. Wir sind bereit, uns zu opfern, wenn es sich um die Würde, die Ehre und die Rechte unserer Nation handelt. Wir fürchten Europa nicht.“

Der Schluss zeigt, wie entflammmt der nationale Geiste des japanischen Volkes ist.

## Deutschland.

Berlin, 20. April. Der Kaiser ist gestern Nachmittag 5½ Uhr in Weimar eingetroffen und am Bahnhofe vom Großherzog, dem Prinzen Heinrich VII. von Reuß, dem Generaladjutanten Graf Henckel und dem preußischen Gesandten Kaschau empfangen worden. Der Kaiser und der Großherzog begaben sich im offenen Wagen zum Schloss unter lebhaften Zurufen in den Straßen angesammelten Menge. Nach Begrüßung der Großherzogin fanden Familiendinner und Marschallstafel statt. Die Stadt ist feierlich geschmückt.

Der heisige japanische Gesandte, Vilonite Uoli, erklärte in einer Unterredung mit einem Redakteur des „Orientalischen Telegraphen-Bureaus“ auf den Hinweis des Redakteurs, dass in der deutschen Presse die Ansicht vorherrsche, dass Japan beabsichtige, von China Sondervorrechte, namentlich auf kommerziellem Gebiete, zu erlangen, die von den amerikanischen Einwanderern aus Russland und Galizien bei deren Übersetzung über die Grenze an bestimmten Grenzpunkten eingeräumt worden.

In Ausführung dessen haben die genannten Dampfschiffahrtsgesellschaften an der russischen Grenze in Bajoren (Kreis Memel), Epfelnhausen (Kreis Stallupönen), Preussen (Kreis Lyck), Ilowo (Kreis Neidenburg) und Ottobrunn (Kreis Thorn) genannte Kontrollstationen errichtet. In diesen Kontrollstationen werden die Auswanderer einer ärztlichen Untersuchung auf ihren Gesundheitszustand unterworfen. Diejenigen Auswanderer, gegen deren Zulassung im Einzelfalle Bedenken nicht geltend zu machen sind und deren Weiterbeförderung bis Amerika ein Vertreter der Dampfschiffahrtsgesellschaften übernimmt, werden, ohne das Erfordernis eines Vermögens-Nachweises, eines Passes oder einer Kaufkartsche, zur Weiterbeförderung zugelassen und sodann von den Dampfschiffahrtsgesellschaften möglichst in geschlossenen Trupps (unter Berücksichtigung jeglicher Verhüllung mit dem sonstigen Publikum) nach den Sejägen befördert. Aehnlich sind die Erleichterungen an der österreichischen Grenze in Myslowitz (Kreis Kattowitz) und in Ratibor, wo zwar eine regelmäßige ärztliche Überwachung nicht stattfindet, dagegen jeder von den Gesellschaften zur Weiterbeförderung übernommene Auswanderer in ein politisch kontrollirtes für jede der beiden Gesellschaften getrennt geführtes Verzeichni eingetragen wird. Dem Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Americanischen Paketfahrt-Aktiengesellschaft ist dabei folgende Verpflichtung auferlegt worden, wo Allregelmäßigkeiten vorgekommen seien. Die übrigen Wahlen wurden gutgeheissen. Zum ersten Präsidenten wurde Sophie Hoeges, zum ersten Vizepräsidenten Christen Stadil, zum zweiten Hermann Trier gewählt, sämtlich Gezner des Ausgleichs. Der Reichstag wird morgen geschlossen.

„Ich habe von meiner Regierung noch keine näheren Mittheilungen über die Einzelheiten der Friedensbedingungen erhalten. Sollte aber die japanische Regierung wirklich das im Sinne haben, was als Inhalt der Friedensbedingungen in den Blättern veröffentlicht worden ist, so möchte ich hierzu bemerken: Die chinesische Regierung hat früher mit Bezug auf die Einführung von Maschinen in China Schwierigkeiten gemacht. Deshalb willigt die japanische Regierung wahrscheinlich die Befreiung dieser Schwierigkeiten. Was zweitens die Durchgangs-Zölle betrifft, so haben dieselben die nach China importierten Waren erheblich vertheuert. Deutschland hat schon früher einmal, wenn ich mich nicht irre, eine Revision dieser Zölle verlangt, was von China aber nicht zugestanden worden ist. Nunmehr verlangt Japan auch hier im Interesse des Welthandels, das diese Erhöhung ein für allemal zugestanden wird.“

Wenn Japan ferner verlangt, dass den Japanern gestattet werden soll, in China Industrie zu treiben, so ist die japanische Regierung dabei seinesfalls von der Absicht geleitet, für Japan allein Vorrechte zu erlangen. Die japanische Regierung handelt ganz und gar bona fide. Denn dieselben Vorrechte werden allen europäischen Mächten, die mit China Verträge auf Grunde der Meistbegünstigungslaufzeit haben, ipso jure zugesetzt. Insoweit kann also Japan für sich allein keine Vorrechte beanspruchen wollen. Und was die weiteren in der Presse laut geworbenen Beschrifungen betrifft, dass die japanische Industrie in China durch die Verarbeitung der Rohprodukte zu niedrigen Löhnen die europäische Konkurrenz aus dem Felde schlagen könnte, so werden auch hier die interessirten europäischen Staaten die Japan zufolgenden Vorrechte mitgenießen können, wenn die europäischen Produzenten in China ihre Waren statt von den Japanern von den Chinesen herstellen lassen. Wenn aber trotz allem den Japanern noch ein Vorrecht gegenüber den europäischen Nationen bleiben sollte, so entspringt der selbe aus dem nachbarlichen Beziehungs Zustand in China, dann ist er eine Folge des günstigen geographischen Beziehungs Zustand in China. Es ist das ungefähr derselbe Fall, wie wenn die Deutschen aus ihrem nachbarlichen Beziehungs Zustand in Österreich, die Österreicher aus ihrem nachbarlichen Beziehungs Zustand zu Italien gewisse Vorrechte erlangen, deren entfernt wohnende Völker nicht theilhaftig werden können. Während also sonst die Japaner keinerlei Sondervorrechte zu erlangen streben, wird man ihnen den Vorrecht, der aus ihrem nachbarlichen Beziehungs Zustand zu China erwächst, natürlich nicht streitig machen können.“

Das Magistrats-Kollegium beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Unifurvorlage; es beschloß, sich mit einer Petition an den Reichstag um Verwerfung dieser Vorlage zu wenden. Der Stadtverordneten-Versammlung stellt der Magistrat anheim, sich dieser Petition anzuschliessen.

Die Vereinigung der schlesischen Getreidebrenner hat an den Reichstag zu Berlin die Bitte gerichtet, die demselben jetzt vorliegende Braunitweinfeuer-Novelle derart abzuändern, dass die gewerblichen Brennereien die gleiche Steuerlast zu tragen haben, die ihnen allein die Möglichkeit schafft, sich in laufmännischer wie in technischer Beziehung frei zu entwickeln. Die Annahme der Form der Braunitweinfeuer-Novelle, wie sie jetzt dem Reichstag vorliege, sei eine Bevorzugung eines Standes, der landwirthschaftlichen Kartoffelkultivatur-Industrie, auf Kosten der Getreide- und Getreidebrenner, und ihre Annahme darum nicht der kaiserlichen Bezeichnung entsprechend, dass kein Stand auf Kosten eines anderen bevorzugt werden soll.

Die „Berliner Korresp.“ schreibt: „Die Deutsche Tageszeitung“ hat in ihrer Nummer vom 16. d. M. unter der Überschrift: „Vange Sorgen — blaße Nöte“ einen Artikel gebracht, der in diktatorischen Farben sahlt, wie in Deutschland der Schwineherr sahlt, wie in der kaiserlichen Arbeit der kaischliche Lohn ver sagt bleibt, wie das Hosen des Landmannes zu Schanden geworben sei und seine Klagen mit dem hohen Hinweis auf die Interessen des Handels abgelehnt würden, und wie sich endlich daraus die bangen Klagen, tiefräumige Nöte und Ansprüche der Bevölkerung unter den Bauern erklärten. Mit derartigen Übertreibungen und einer solchen Anleitung zum trübsamen Pessimismus, wie sie der Artikel nach Ton und Inhalt darstellt, wird die Sache, der das Blatt einen will, nicht gefordert werden. Besonders auffällig aber erfreut die Andeutung des Blattes, dass S. Majestät der Kaiser und Königin vielleicht nicht genau genug über die wahre Lage im Lande unterrichtet sei, nachdem sieben unter dem Vorsteher des Monarchen eingehende Berathungen im Stadtrath über die allerlett anerkannten landwirtschaftlichen Notstände gepflogen worden sind und

— Das Magistrats-Kollegium beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Unifurvorlage; es beschloß, sich mit einer Petition an den Reichstag um Verwerfung dieser Vorlage zu wenden. Der Stadtverordneten-Versammlung stellt der Magistrat anheim, sich dieser Petition anzuschliessen.

Die Vereinigung der schlesischen Getreidebrenner hat an den Reichstag zu Berlin die Bitte gerichtet, die demselben jetzt vorliegende Braunitweinfeuer-Novelle derart abzuändern, dass die gewerblichen Brennereien die gleiche Steuerlast zu tragen haben, die ihnen allein die Möglichkeit schafft, sich in laufmännischer wie in technischer Beziehung frei zu entwickeln. Die Annahme der Form der Braunitweinfeuer-Novelle, wie sie jetzt dem Reichstag vorliege, sei eine Bevorzugung eines Standes, der landwirthschaftlichen Kartoffelkultivatur-Industrie, auf Kosten der Getreide- und Getreidebrenner, und ihre Annahme darum nicht der kaiserlichen Bezeichnung entsprechend, dass kein Stand auf Kosten eines anderen bevorzugt werden soll.

Die „Berliner Korresp.“ schreibt: „Die Deutsche Tageszeitung“ hat in ihrer Nummer vom 16. d. M. unter der Überschrift: „Vange Sorgen — blaße Nöte“ einen Artikel gebracht, der in diktatorischen Farben sahlt, wie in Deutschland der Schwineherr sahlt, wie in der kaiserlichen Arbeit der kaischliche Lohn ver sagt bleibt, wie das Hosen des Landmannes zu Schanden geworben sei und seine Klagen mit dem hohen Hinweis auf die Interessen des Handels abgelehnt würden, und wie sich endlich daraus die bangen Klagen, tiefräumige Nöte und Ansprüche der Bevölkerung unter den Bauern erklärten. Mit derartigen Übertreibungen und einer solchen Anleitung zum trübsamen Pessimismus, wie sie der Artikel nach Ton und Inhalt darstellt, wird die Sache, der das Blatt einen will, nicht gefordert werden. Besonders auffällig aber erfreut die Andeutung des Blattes, dass S. Majestät der Kaiser und Königin vielleicht nicht genau genug über die wahre Lage im Lande unterrichtet sei, nachdem sieben unter dem Vorsteher des Monarchen eingehende Berathungen im Stadtrath über die allerlett anerkannten landwirtschaftlichen Notstände gepflogen worden sind und

— Das Magistrats-Kollegium beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Unifurvorlage; es beschloß, sich mit einer Petition an den Reichstag um Verwerfung dieser Vorlage zu wenden. Der Stadtverordneten-Versammlung stellt der Magistrat anheim, sich dieser Petition anzuschliessen.

Die Vereinigung der schlesischen Getreidebrenner hat an den Reichstag zu Berlin die Bitte gerichtet, die demselben jetzt vorliegende Braunitweinfeuer-Novelle derart abzuändern, dass die gewerblichen Brennereien die gleiche Steuerlast zu tragen haben, die ihnen allein die Möglichkeit schafft, sich in laufmännischer wie in technischer Beziehung frei zu entwickeln. Die Annahme der Form der Braunitweinfeuer-Novelle, wie sie jetzt dem Reichstag vorliege, sei eine Bevorzugung eines Standes, der landwirthschaftlichen Kartoffelkultivatur-Industrie, auf Kosten der Getreide- und Getreidebrenner, und ihre Annahme darum nicht der kaiserlichen Bezeichnung entsprechend, dass kein Stand auf Kosten eines anderen bevorzugt werden soll.

Die „Berliner Korresp.“ schreibt: „Die Deutsche Tageszeitung“ hat in ihrer Nummer vom 16. d. M. unter der Überschrift: „Vange Sorgen — blaße Nöte“ einen Artikel gebracht, der in diktatorischen Farben sahlt, wie in Deutschland der Schwineherr sahlt, wie in der kaiserlichen Arbeit der kaischliche Lohn ver sagt bleibt, wie das Hosen des Landmannes zu Schanden geworben sei und seine Klagen mit dem hohen Hinweis auf die Interessen des Handels abgelehnt würden, und wie sich endlich daraus die bangen Klagen, tiefräumige Nöte und Ansprüche der Bevölkerung unter den Bauern erklärten. Mit derartigen Übertreibungen und einer solchen Anleitung zum trübsamen Pessimismus, wie sie der Artikel nach Ton und Inhalt darstellt, wird die Sache, der das Blatt einen will, nicht gefordert werden. Besonders auffällig aber erfreut die Andeutung des Blattes, dass S. Majestät der Kaiser und Königin vielleicht nicht genau genug über die wahre Lage im Lande unterrichtet sei, nachdem sieben unter dem Vorsteher des Monarchen eingehende Berathungen im Stadtrath über die allerlett anerkannten landwirtschaftlichen Notstände gepflogen worden sind und

— Das Magistrats-Kollegium beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Unifurvorlage; es beschloß, sich mit einer Petition an den Reichstag um Verwerfung dieser Vorlage zu wenden. Der Stadtverordneten-Versammlung stellt der Magistrat anheim, sich dieser Petition anzuschliessen.

Die Vereinigung der schlesischen Getreidebrenner hat an den Reichstag zu Berlin die Bitte gerichtet, die demselben jetzt vorliegende Braunitweinfeuer-Novelle derart abzuändern, dass die gewerblichen Brennereien die gleiche Steuerlast zu tragen haben, die ihnen allein die Möglichkeit schafft, sich in laufmännischer wie in technischer Beziehung frei zu entwickeln. Die Annahme der Form der Braunitweinfeuer-Novelle, wie sie jetzt dem Reichstag vorliege, sei eine Bevorzugung eines Standes, der landwirthschaftlichen Kartoffelkultivatur-Industrie, auf Kosten der Getreide- und Getreidebrenner, und ihre Annahme darum nicht der kaiserlichen Bezeichnung entsprechend, dass kein Stand auf Kosten eines anderen bevorzugt werden soll.

Die „Berliner Korresp.“ schreibt: „Die Deutsche Tageszeitung“ hat in ihrer Nummer vom 16. d. M. unter der Überschrift: „Vange Sorgen — blaße Nöte“ einen Artikel gebracht, der in diktatorischen Farben sahlt, wie in Deutschland der Schwineherr sahlt, wie in der kaiserlichen Arbeit der kaischliche Lohn ver sagt bleibt, wie das Hosen des Landmannes zu Schanden geworben sei und seine Klagen mit dem hohen Hinweis auf die Interessen des Handels abgelehnt würden, und wie sich endlich daraus die bangen Klagen, tiefräumige Nöte und Ansprüche der Bevölkerung unter den Bauern erklärten. Mit derartigen Übertreibungen und einer solchen Anleitung zum trübsamen Pessimismus, wie sie der Artikel nach Ton und Inhalt darstellt, wird die Sache, der das Blatt einen will, nicht gefordert werden. Besonders auffällig aber erfreut die Andeutung des Blattes, dass S. Majestät der Kaiser und Königin vielleicht nicht genau genug über die wahre Lage im Lande unterrichtet sei, nachdem sieben unter dem Vorsteher des Monarchen eingehende Berathungen im Stadtrath über die allerlett anerkannten landwirtschaftlichen Notstände gepflogen worden sind und

— Das Magistrats-Kollegium beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Unifurvorlage; es beschloß, sich mit einer Petition an den Reichstag um Verwerfung dieser Vorlage zu wenden. Der Stadtverordneten-Versammlung stellt der Magistrat anheim, sich dieser Petition anzuschliessen.

Die Vereinigung der schlesischen Getreidebrenner hat an den Reichstag zu Berlin die Bitte gerichtet, die demselben jetzt vorliegende Braunitweinfeuer-Novelle derart abzuändern, dass die gewerblichen Brennereien die gleiche Steuerlast zu tragen haben, die ihnen allein die Möglichkeit schafft, sich in laufmännischer wie in technischer Beziehung frei zu entwickeln. Die Annahme der Form der Braunitweinfeuer-Novelle, wie sie jetzt dem Reichstag vorliege, sei eine Bevorzugung eines Standes, der landwirthschaftlichen Kartoffelkultivatur-Industrie, auf Kosten der Getreide- und Getreidebrenner, und ihre Annahme darum nicht der kaiserlichen Bezeichnung entsprechend, dass kein Stand auf Kosten eines anderen bevorzugt werden soll.

Die „Berliner Korresp.“ schreibt: „Die Deutsche Tageszeitung“ hat in ihrer Nummer vom 16. d. M. unter der Überschrift: „Vange Sorgen — blaße Nöte“ einen Artikel gebracht, der in diktatorischen Farben sahlt, wie in Deutschland der Schwineherr sahlt, wie in der kaiserlichen Arbeit der kaischliche Lohn ver sagt bleibt, wie das Hosen des Landmannes zu Schanden geworben sei und seine Klagen mit dem hohen Hinweis auf die Interessen des Handels abgelehnt würden, und wie sich endlich daraus die bangen Klagen, tiefräumige Nöte und Ansprüche der Bevölkerung unter den Bauern erklärten. Mit derartigen Übertreibungen und einer solchen Anleitung zum trübsamen Pessimismus, wie sie der Artikel nach Ton und Inhalt darstellt, wird die Sache, der das Blatt einen will, nicht gefordert werden. Besonders auffällig aber erfreut die Andeutung des Blattes, dass S. Majestät der Kaiser und Königin vielleicht nicht genau genug über die wahre Lage im Lande unterrichtet sei, nachdem sieben unter dem Vorsteher des Monarchen eingehende Berathungen im Stadtrath über die allerlett anerkannten landwirtschaftlichen Notstände gepflogen worden sind und

— Das Magistrats-Kollegium beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Unifurvorlage; es beschloß, sich mit einer Petition an den Reichstag um Verwerfung dieser Vorlage zu wenden. Der Stadtverordneten-Versammlung stellt

1. April d. Is. ab als Fischerei-Ausseher in Nipperwiese angekündigt worden.

— Die Auflösung der Möbiliar-Garantie-Gesellschaft zu Stolp i. Pomm. ist

Allerhöchst genehmigt worden.

— Allerhöchst ist genehmigt worden, daß der Zinsfuß der Anleihe, zu deren Ausnahme der Kreis Greifswald, im Regierungsbereich Stettin, durch das Allerhöchste Privilegium vom 13. Juli 1887 ermächtigt worden ist, von vier auf drei einhalb Prozent herabgesetzt werde.

— Die Bestimmung des § 4 Abs. 1 Ziff. 2 des preußischen Fischereigesetzes vom 30. Mai 1874: „Gesetz für alle Gewässer im Sinne dieses Gesetzes“ soll als solche Gewässer, denen es an einer für den Wechsel der Fische geeigneten Verbindung fehlt, wenn in denselben der Fang einem Berechtigten zusteht“ — findet, nach einem Urteil des Ober-Berwaltungsgerichts, 3. Senats, vom 18. Juni 1894, auch dann Anwendung, wenn eine an und für sich zum Wechsel der Fische geeignete Verbindung von vorhanden, aber durch ein zur Zeit der Entscheidung bestehendes künstliches Hindernis aufgehoben ist.

### Aus den Provinzen.

Swinemünde, 19. April. Durch den Rücktritt des Herrn Direktor Becker ist das hiesige Stadttheater für die diesjährige Sommersaison frei geworden. Auf die Ausschreibung der Badedirektion haben sich gegen 50 Theater-Direktoren gemeldet, darunter auch Herr Direktor C. Schirmer aus Stettin.

Gr. Stepenitz, 19. April. Gestern Morgen brachte die hiesige Schneidemühle, dem Kaufmann Peschlow in Kammin gehörig, vollständig niederr.

Leubes, 19. April. Herr Eßlich aus Stettin hat die früher Witten'sche Brauerei hier selbst mit dem Gesamt-Inventar für 38 000 Mark läufig erworben und bereits übernommen.

Angermünde, 19. April. 50 Jahre in treuem und bewährtem Dienst bei einem und demselben Herrschaft! Dieses Jubiläum beginnt am 15. d. W. der Pferdefeucht Gesang in Schönemark. Am 15. April 1845 trat G. beim Bauer-gutsbesitzer Aufwald als Hütejunge in Dienst; später wurde er dort Pferdefeucht. Dieser Dienstung kommt er noch heute in voller Rüstigkeit mit der größten pflichttreue nach.

Braunau, 19. April. Wie es den Anschein hat, durfte man in dem hier verhafteten Springstein einen schweren Verbrecher gesucht haben und ein siebenfacher Giftmordprozeß in Aussicht stehen. Die Thatache, daß die Obduktion der Leiche der plötzlich verstorbenen Ehefrau des Springstein Vergiftung durch Strychnin ergeben und daß man in der Wohnung des Verhafteten dieses Gift gefunden hat, gab Veranlassung nach dem Vorleben des angeklagten Springstein die umfangreichen Vorlesungen getroffen: dem Postamte in Friedrichshafen ist das Personal des Postamtes in Friedrichshafen bereits vom 25. März ab um 7 bis 17 Beamte und 6 Unterbeamte verklärt worden. Am 1. und 2. April sind außer dem Amtsverwalter 20 Beamte und 8 Unterbeamte in Thätigkeit gewesen. Für den telegraphischen Verkehr waren die umfangreichen Vorlesungen getroffen: dem Postamte in Friedrichshafen waren fünf unmittelbare telegraphische Verbindungen mit Hamburg und vier mit Berlin zur Verfügung gestellt. Zwischen Berlin und Hamburg sind bis zu 14 Hugheleitungen gleichzeitig in Betrieb genommen um die Korrespondenz von und nach Friedrichshafen zu vermitteln. Das Personal bei dem Telegraphenamt in Hamburg hat in der Nacht vom 1. zum 2. April um 50 Beamte verklärt werden müssen, um den erhöhten Anforderungen des Verkehrs zu entsprechen. Schon am 25. März gingen in Friedrichshafen 102 Telegramme mit 2899 Wörtern ein; aufgelöst wurden an diesem Tage 215 Telegramme mit 2110 Wörtern. Die Zahl der angeliehenen Telegramme hat vom 25. März bis zum 1. April stetig zugenommen und am 1. April die Summe von 4122 Stück mit 128 266 Wörtern erreicht; es gingen an 606 Telegramme mit 57 814 Wörtern, sodass an diesem Tage insgesamt 4728 Telegramme mit 186 080 Wörtern verarbeitet wurden.

Im Ganzen sind vom 25. März bis 2. April 1660 Telegramme mit 123 893 Wörtern aufgeliefert worden und 9815 Telegramme mit 23 367 Wörtern angekommen, mit 11 475 Stück Telegramme mit 453 260 Wörtern befreit worden. An der Auslieferung der Telegramme war die Presse in hervorragender Weise beteiligt; sie wurde durch ungefähr 70 Berichterstatter vertreten. Auch die ausländische, namentlich die englische, französische Presse, hatten eine Reihe von Berichterstattern nach Friedrichshafen entführt. Die alten Schreibraum besonders hergerichtete Schalterhalle ist vom Publikum in der ansässigsten Weise benutzt worden. Zu verschiedenen Tageszeiten waren sämtliche Schreibplätze dauernd besetzt. Am 1. April haben bis 11 Uhr Abends gleichzeitig 40 bis 50 Personen in der Schalterhalle vorgetragen, bei welcher Herzähnlichkeit konstatiert wurde, der gefänglich eingezogen gebliebene Angeklagte wieder auf freiem Fuß gesetzt und die Sache ad acta gelegt. Der Bruder wurde später ins Irrenhaus nach Straßburg gebracht, wo er sich noch heute befindet. Binnen kurzer Zeit nach diesem Ereignis starb plötzlich in kleinen Zwischenräumen die oben erwähnte im Hause wohnende Lehrerin Siebelorn, sodann die Mutter Springsteins; später stand man den Geschwistern erbängt in einer Laube des Springstein vor. Die Schwester des Springstein hatte sich inzwischen mit einem Schmied Bock verheiratet, welcher kurze Zeit nach der Heirath und nachdem sich derselbe in die Lebensversicherung eingelanjt hatte, ebenfalls plötzlich starb. Zum Schluss starb das erst einige Wochen alte Kind der Schwester des Springsteins. Vor ungefähr drei Jahren verlor Sp. mit seiner vermittweten Schwester nach Anklam, später nach Breslau, wo seine hier verstorbenen Frau ein kleines Geschäft hatte, um von dort nach hier. Aus Königsberg kam, wir uns hierzu noch geschrieben: „In großer Aufregung ist unser Städtern durch die Thatache verfest, daß am Freitag, den 19. d. W., auf gerichtliche Anordnung in Folge der Springsteinischen Verhaftung nicht weniger als 5 Leichen, welche bereits länger als 6 Jahre auf dem Königsberger Friedhof bestattet sind, behufs Obduktion ausgegraben werden sollen. Von Breslau aus soll, wie wir hören, Herr Landgerichtsrat Alisch hierz eintreffen. Durch den Gerichtsassessor Dr. Simon sind in den letzten Tagen hierorts sehr zahlreiche Vernehmungen vorgenommen worden, wobei u. a. auch festgestellt wurde, daß der Angeklagte s. J. an einen Gütschein in kurzen Zwischenräumen fünf Mal theils Strychnin, theils Arsenik aus der hiesigen Apotheke entnommen hat. Auch sonst soll ein stark belastendes Material vorliegen, insofern wird es jedenfalls in erster Linie auf das Ergebnis der angekündigten Obduktion ankommen, ob die Anklage gegen Springstein wegen siebenfachen Mordes erhoben werden wird. Gestern verbreitete sich hier die Nachricht, daß Springstein mit dem Nachmittagszuge in Königsberg eintreffen werde, um bei der Obduktion zugegen zu sein. In Folge dessen wurde das hiesige Gerichtsgebäude in der Biennestrasse von Hunderten von Neugierigen belagert. Das Gericht stellte sich natürlich als unbegründet heraus.“ (Bresl. Blg.)

Kunst und Literatur.  
Dr. Karl Theodor Gaedek, der seismische Literaturhistoriker, bekannt u. a. durch seine höchst wertvollen Abhandlungen über „Reiter-Statuen“, hat sich von jener mit Borste der Pflege unserer niederdeutschen Literatur gewandt. Sein lehrreiches, ausgezeichnetes Werk: „Das niederdeutsche (plattdeutsche) Schauspiel“ liegt jetzt in zweiter Auflage bei Hoffmann u. Co., Berlin, vor. Schon beim ersten Erscheinen des trefflichen Buches haben wir dessen Vorläufe eingehend geschildert und können dasselbe nochmals allen Freunden der niederdeutschen Literatur auf das angelegentlichste empfehlen.

Der „Neue Leitfaden für den Turnunterricht in den preußischen Volkschulen“, der durch Erlass vom 1. August 1868 eingeführt wurde, ist aus Veranlassung des Kultusministers mit Rücksicht auf die fortbreitende Entwicklung des Turnbetriebes überhaupt und insbesondere bei den Volkschulen einer erneuten Durchsicht und, wie es sich dabei als unabwendlich erwies, einer umfangreichen Umgestaltung unterzogen worden. Das Ergebnis dieser Arbeit liegt vor in dem „Leitfaden für den Turnunterricht in den preußischen Volkschulen von 1895“, der jetzt in dem Verlage von W. Herz (Werner'sche Buchhandlung), Berlin W., Behrenstrasse 17, erschienen ist. Der neue Leitfaden soll nach einer Verbilligung des Kultusministers sofort an Stelle des bisherigen in Gebrauch genommen werden, und zwar soll er nicht nur in den Volkschulen benutzt werden, sondern auch an anderen Anstalten und zwar an den Schulleyseminarien in der Weise, daß die Bögen, welche befähigt werden, den Turnunterricht auf Grund des Leitfadens den örtlichen Verhältnissen entsprechend zu gestalten, an höheren Lehramtsanstalten für die Anfangsgründe im Turnunterricht und an den Mädchengymnasien, sowohl im Leitfaden aufgeführten Übungen überhaupt in Frage kommen. In sämtlichen staatlichen Kursen zur Ausbildung von Turnlehrern und Lehrerinnen endlich und in den Prüfungen dieser sollen die Turnsprache und die Betriebsformen des Leitfadens gleichmäßig angewendet werden.

### Bermischte Nachrichten.

Einer dem Fürsten Bismarck vom Staatssekretär des Reichspostamtes, von Stephan, zur Kenntnis überreichten Darstellung über den Umgang des Post- und Telegraphen-Verkehrs auf dem Postamt Friedrichshafen in der Zeit vom 25. März bis 2. April entnehmen die „Hamb. Nachr.“ folgendes: Zur Bewältigung des aus Anlaß des 80. Geburtstages des Fürsten v. Bismarck erwarteter erheblicher Post- und Telegraphenverkehr ist das Personal des Postamtes in Friedrichshafen bereits vom 25. März ab um 7 bis 17 Beamte und 6 Unterbeamte verklärt worden. Am 1. und 2. April sind außer dem Amtsverwalter 20 Beamte und 8 Unterbeamte in Thätigkeit gewesen. Für den telegraphischen Verkehr waren die umfangreichen Vorlesungen getroffen: dem Postamte in Friedrichshafen waren fünf unmittelbare telegraphische Verbindungen mit Hamburg und vier mit Berlin zur Verfügung gestellt. Zwischen Berlin und Hamburg sind bis zu 14 Hugheleitungen gleichzeitig in Betrieb genommen um die Korrespondenz von und nach Friedrichshafen zu vermitteln. Das Personal bei dem Telegraphenamt in Hamburg hat in der Nacht vom 1. zum 2. April um 50 Beamte verklärt werden müssen, um den erhöhten Anforderungen des Verkehrs zu entsprechen. Schon am 25. März gingen in Friedrichshafen 102 Telegramme mit 2899 Wörtern ein; aufgelöst wurden an diesem Tage 215 Telegramme mit 2110 Wörtern. Die Zahl der angeliehenen Telegramme hat vom 25. März bis zum 1. April stetig zugenommen und am 1. April die Summe von 4122 Stück mit 128 266 Wörtern erreicht; es gingen an 606 Telegramme mit 57 814 Wörtern, sodass an diesem Tage insgesamt 4728 Telegramme mit 186 080 Wörtern verarbeitet wurden.

Die Thatache, daß die Obduktion der Leiche der plötzlich verstorbenen Ehefrau des Springstein Vergiftung durch Strychnin ergeben und daß man in der Wohnung des Verhafteten dieses Gift gefunden hat, gab Veranlassung nach dem Vorleben des angeklagten Springstein die umfangreichen Vorlesungen getroffen: dem Postamte in Friedrichshafen waren fünf unmittelbare telegraphische Verbindungen mit Hamburg und vier mit Berlin zur Verfügung gestellt. Zwischen Berlin und Hamburg sind bis zu 14 Hugheleitungen gleichzeitig in Betrieb genommen um die Korrespondenz von und nach Friedrichshafen zu vermitteln. Das Personal bei dem Telegraphenamt in Hamburg hat in der Nacht vom 1. zum 2. April um 50 Beamte verklärt werden müssen, um den erhöhten Anforderungen des Verkehrs zu entsprechen. Schon am 25. März gingen in Friedrichshafen 102 Telegramme mit 2899 Wörtern ein; aufgelöst wurden an diesem Tage 215 Telegramme mit 2110 Wörtern. Die Zahl der angeliehenen Telegramme hat vom 25. März bis zum 1. April stetig zugenommen und am 1. April die Summe von 4122 Stück mit 128 266 Wörtern erreicht; es gingen an 606 Telegramme mit 57 814 Wörtern, sodass an diesem Tage insgesamt 4728 Telegramme mit 186 080 Wörtern verarbeitet wurden.

Die Thatache, daß die Obduktion der Leiche der plötzlich verstorbenen Ehefrau des Springstein Vergiftung durch Strychnin ergeben und daß man in der Wohnung des Verhafteten dieses Gift gefunden hat, gab Veranlassung nach dem Vorleben des angeklagten Springstein die umfangreichen Vorlesungen getroffen: dem Postamte in Friedrichshafen waren fünf unmittelbare telegraphische Verbindungen mit Hamburg und vier mit Berlin zur Verfügung gestellt. Zwischen Berlin und Hamburg sind bis zu 14 Hugheleitungen gleichzeitig in Betrieb genommen um die Korrespondenz von und nach Friedrichshafen zu vermitteln. Das Personal bei dem Telegraphenamt in Hamburg hat in der Nacht vom 1. zum 2. April um 50 Beamte verklärt werden müssen, um den erhöhten Anforderungen des Verkehrs zu entsprechen. Schon am 25. März gingen in Friedrichshafen 102 Telegramme mit 2899 Wörtern ein; aufgelöst wurden an diesem Tage 215 Telegramme mit 2110 Wörtern. Die Zahl der angeliehenen Telegramme hat vom 25. März bis zum 1. April stetig zugenommen und am 1. April die Summe von 4122 Stück mit 128 266 Wörtern erreicht; es gingen an 606 Telegramme mit 57 814 Wörtern, sodass an diesem Tage insgesamt 4728 Telegramme mit 186 080 Wörtern verarbeitet wurden.

Die Thatache, daß die Obduktion der Leiche der plötzlich verstorbenen Ehefrau des Springstein Vergiftung durch Strychnin ergeben und daß man in der Wohnung des Verhafteten dieses Gift gefunden hat, gab Veranlassung nach dem Vorleben des angeklagten Springstein die umfangreichen Vorlesungen getroffen: dem Postamte in Friedrichshafen waren fünf unmittelbare telegraphische Verbindungen mit Hamburg und vier mit Berlin zur Verfügung gestellt. Zwischen Berlin und Hamburg sind bis zu 14 Hugheleitungen gleichzeitig in Betrieb genommen um die Korrespondenz von und nach Friedrichshafen zu vermitteln. Das Personal bei dem Telegraphenamt in Hamburg hat in der Nacht vom 1. zum 2. April um 50 Beamte verklärt werden müssen, um den erhöhten Anforderungen des Verkehrs zu entsprechen. Schon am 25. März gingen in Friedrichshafen 102 Telegramme mit 2899 Wörtern ein; aufgelöst wurden an diesem Tage 215 Telegramme mit 2110 Wörtern. Die Zahl der angeliehenen Telegramme hat vom 25. März bis zum 1. April stetig zugenommen und am 1. April die Summe von 4122 Stück mit 128 266 Wörtern erreicht; es gingen an 606 Telegramme mit 57 814 Wörtern, sodass an diesem Tage insgesamt 4728 Telegramme mit 186 080 Wörtern verarbeitet wurden.

Im Übrigen erhielt Mrs. Carla Smith in Chapel Hill als die jüngste Großmutter Amerikas mit Rücksicht auf die fortbreitende Entwicklung des Turnbetriebes überhaupt und insbesondere bei den Volkschulen einer erneuten Durchsicht und, wie es sich dabei als unabwendlich erwies, einer umfangreichen Umgestaltung unterzogen worden. Das Ergebnis dieser Arbeit liegt vor in dem „Leitfaden für den Turnunterricht in den preußischen Volkschulen von 1895“, der jetzt in dem Verlage von W. Herz (Werner'sche Buchhandlung), Berlin W., Behrenstrasse 17, erschienen ist. Der neue Leitfaden soll nach einer Verbilligung des Kultusministers sofort an Stelle des bisherigen in Gebrauch genommen werden, und zwar soll er nicht nur in den Volkschulen benutzt werden, sondern auch an anderen Anstalten und zwar an den Schulleyseminarien in der Weise, daß die Bögen, welche befähigt werden, den Turnunterricht auf Grund des Leitfadens den örtlichen Verhältnissen entsprechend zu gestalten, an höheren Lehramtsanstalten für die Anfangsgründe im Turnunterricht und an den Mädchengymnasien, sowohl im Leitfaden aufgeführten Übungen überhaupt in Frage kommen. In sämtlichen staatlichen Kursen zur Ausbildung von Turnlehrern und Lehrerinnen endlich und in den Prüfungen dieser sollen die Turnsprache und die Betriebsformen des Leitfadens gleichmäßig angewendet werden.

Der „Neue Leitfaden für den Turnunterricht in den preußischen Volkschulen“, der durch Erlass vom 1. August 1868 eingeführt wurde, ist aus Veranlassung des Kultusministers mit Rücksicht auf die fortbreitende Entwicklung des Turnbetriebes überhaupt und insbesondere bei den Volkschulen einer erneuten Durchsicht und, wie es sich dabei als unabwendlich erwies, einer umfangreichen Umgestaltung unterzogen worden. Das Ergebnis dieser Arbeit liegt vor in dem „Leitfaden für den Turnunterricht in den preußischen Volkschulen von 1895“, der jetzt in dem Verlage von W. Herz (Werner'sche Buchhandlung), Berlin W., Behrenstrasse 17, erschienen ist. Der neue Leitfaden soll nach einer Verbilligung des Kultusministers sofort an Stelle des bisherigen in Gebrauch genommen werden, und zwar soll er nicht nur in den Volkschulen benutzt werden, sondern auch an anderen Anstalten und zwar an den Schulleyseminarien in der Weise, daß die Bögen, welche befähigt werden, den Turnunterricht auf Grund des Leitfadens den örtlichen Verhältnissen entsprechend zu gestalten, an höheren Lehramtsanstalten für die Anfangsgründe im Turnunterricht und an den Mädchengymnasien, sowohl im Leitfaden aufgeführten Übungen überhaupt in Frage kommen. In sämtlichen staatlichen Kursen zur Ausbildung von Turnlehrern und Lehrerinnen endlich und in den Prüfungen dieser sollen die Turnsprache und die Betriebsformen des Leitfadens gleichmäßig angewendet werden.

Der „Neue Leitfaden für den Turnunterricht in den preußischen Volkschulen“, der durch Erlass vom 1. August 1868 eingeführt wurde, ist aus Veranlassung des Kultusministers mit Rücksicht auf die fortbreitende Entwicklung des Turnbetriebes überhaupt und insbesondere bei den Volkschulen einer erneuten Durchsicht und, wie es sich dabei als unabwendlich erwies, einer umfangreichen Umgestaltung unterzogen worden. Das Ergebnis dieser Arbeit liegt vor in dem „Leitfaden für den Turnunterricht in den preußischen Volkschulen von 1895“, der jetzt in dem Verlage von W. Herz (Werner'sche Buchhandlung), Berlin W., Behrenstrasse 17, erschienen ist. Der neue Leitfaden soll nach einer Verbilligung des Kultusministers sofort an Stelle des bisherigen in Gebrauch genommen werden, und zwar soll er nicht nur in den Volkschulen benutzt werden, sondern auch an anderen Anstalten und zwar an den Schulleyseminarien in der Weise, daß die Bögen, welche befähigt werden, den Turnunterricht auf Grund des Leitfadens den örtlichen Verhältnissen entsprechend zu gestalten, an höheren Lehramtsanstalten für die Anfangsgründe im Turnunterricht und an den Mädchengymnasien, sowohl im Leitfaden aufgeführten Übungen überhaupt in Frage kommen. In sämtlichen staatlichen Kursen zur Ausbildung von Turnlehrern und Lehrerinnen endlich und in den Prüfungen dieser sollen die Turnsprache und die Betriebsformen des Leitfadens gleichmäßig angewendet werden.

Weizen 138—146. Roggen 122—128. Gerste 112—114. Hafer 112—116. Hef 150—200. Stroh 22—24. Kartoffeln 48—54.

Berlin, 20. April. Weizen per Mai 142,50 bis 142,75. per Juli 144,50, per September 147,25. Roggen per Mai 124,00 bis —. per Juli 126,50, per September 128,75.

Rüben 1 per Mai 103,60, per September 104,50.

Spiritus lolo 70er 34,60, per April 70er 38,90, per Mai 70er 38,90, per September 40,10.

Hafer per Mai 118,25, per September 118,25.

Mais per Mai 115,50, per September 115,50.

Petroleum per April 32,20.

Berlin, 20. April. Weizen: Schön.

Berlin, 20. April. Schlafmäuse.

Preu. Tonf. 4% do 31,2% 106,00 London Lang 20,41

do 30,00 105,00 Amsterdam kurz 168,15

Deutsche Mehl 31,2% 105,00 Berlin 14,50

do, Landesf. 31,2% 104,25 Berlin 14,50

do, Landesf. 31,2% 104,00 Berlin 14,50

do, Landesf. 31,2% 103,80 Berlin 14,50

do, Landesf. 31,2% 103,60 Berlin 14,50

do, Landesf. 31,2% 103,40 Berlin 14,50

do, Landesf. 31,2% 103,20 Berlin 14,50

do, Landesf. 31,2% 103,00 Berlin 14,50

do, Landesf. 31,2% 102,80 Berlin 14,50

do, Landesf. 31,2% 102,60 Berlin 14,50

do, Landesf. 31,2% 102,40 Berlin 14,50

do, Landesf. 31,2% 102,20 Berlin 14,50

do, Landesf. 31,2% 102,00 Berlin 14,50

do, Landesf. 31,2% 101,80 Berlin 14,50

do, Landesf. 31,2% 101,60 Berlin 14,50